

Resolution

für eine regionale Verkehrslösung vom Knoten Oberpullendorf/Steinberg in Richtung Ungarn

Diese einheitliche Stellungnahme der betroffenen Gemeinden Frankenau – Unterpullendorf, Mannersdorf und der Initiative „BIST g’scheit!“ über die künftige Vorgangsweise bei der Erstellung eines Verkehrskonzeptes soll die Geschlossenheit der betroffenen Bevölkerung aufzeigen und soll außerdem die bereits vorliegenden Resolutionen untermauern.

Zwischen den betroffenen Gemeinden Frankenau – Unterpullendorf, Mannersdorf und der Bürgerinitiative „BIST g’scheit!“ ist Konsens erzielt worden, dass es zu einer Entlastung der vom Verkehr stark belasteten Ortsgebiete an der B 61 und L332 kommen muss, ohne dass es zum geplanten 4-spurigen Ausbau (Transit-Gefahr) kommt.

UM EINE RASCHE REALISIERUNG VORANZUTREIBEN, WIRD VON DEN UNTERFERTIGTEN GEMEINDEN UND BÜRGERINITIATIVE FOLGENDES GEFORDERT:

- Änderung der dzt. Planung des Weiterbaues der S 31 von Oberpullendorf/Steinberg in Richtung Ungarn in eine Straße mit nur einem Fahrstreifen je Fahrtrichtung, d. h. auch Ablöse der Bedarfsfläche auch nur für den Ausbau einer darauf abgestimmten Fahrfläche.
- Der 4-spurige Ausbau wird abgelehnt. Nach unseren Informationen hat der Autobahnausbau Szombathely – Sopron in Ungarn Priorität, sodass ein gleichrangiger Ausbau 20 km weiter westlich, parallel dazu, nicht sinnvoll ist.
- Rascher Ausbau entlang der bereits fixierten Trasse von der S 31 in Oberpullendorf bis zur B 61 in Unterpullendorf, aber nur, wenn die Weiterführung bis zur Grenze gewährleistet ist.
- Sofortige Aufnahme von Gesprächen mit den zuständigen Stellen der Bgld. Landesregierung betreffend Sicherstellung des Entlastungskonzeptes und dessen Finanzierung.
- Die Entlastungsstraße soll nicht kreuzungsfrei, dem Gelände angepasst, harmonisch in die Landschaft eingefügt, Umwelt schonend verlaufen.
- Entwicklung eines aktuellen Verkehrskonzeptes zur Verbesserung aller öffentlichen Verkehrsmittel im mittleren Burgenland, um diese attraktiver für Pendler und Touristen zu machen bzw. sie als eine lukrative Alternative anbieten zu können.
- Einbindung bzw. mögliche Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung bei der Festlegung der neuen regionalen Verkehrslösung.